

»Für weltweite Antiterrorkoalition«

Die Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vom 28. September 2015 vor der UNO

Vor zehn Jahren sprach Wladimir Putin das letzte Mal vor der UN-Vollversammlung. Am 28. September nun der insgesamt vierte Auftritt des russischen Präsidenten im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. *jW* veröffentlicht die komplette Rede. (*jW*)

Das 70jährige Jubiläum der UNO ist ein guter Anlass, um einen Blick zurück in die Geschichte zu werfen und über unsere gemeinsame Zukunft zu sprechen. Im Jahr 1945 haben die Länder, die den Nazismus zerschlagen hatten, ihre Kräfte vereint, um feste Grundlagen der Nachkriegsordnung zu schaffen.

Ich erinnere daran, dass Schlüsselentscheidungen über die Prinzipien des Zusammenwirkens der Staaten und die Entscheidung über die Bildung der Vereinten Nationen selbst in unserem Land, auf der Konferenz der Führer der Antihitlerkoalition von Jalta (Anfang Februar 1945, *jW*), getroffen wurden. Das System von Jalta war mit den Leiden und dem Leben von Dutzenden Millionen Menschen erkaufte, es war die Folgerung aus zwei Weltkriegen, die im 20. Jahrhundert über den Planeten hinweggezogen sind. Wenn wir objektiv sind, müssen wir feststellen, dass dieses System es der Menschheit in den letzten Jahrzehnten ermöglicht hat, stürmische, manchmal dramatische Ereignisse zu durchleben, dass es die Welt vor gewaltigen Erschütterungen bewahrt hat.

»Autorität der UNO in Frage zu stellen ist äußerst gefährlich«

Die UNO ist eine Struktur, der an Legitimität, Repräsentativität und Universalität nichts gleichkommt. Ja, ihr gegenüber wird in letzter Zeit viel Kritik geäußert. Angeblich sei sie ineffizient, und die Fassung prinzipieller Beschlüsse scheitere an unüberwindlichen Widersprüchen vor allem zwischen den Mitgliedern des Weltsicherheitsrats.

Ich möchte jedoch festhalten, dass es während der gesamten 70jährigen Geschichte der UNO Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Das Vetorecht ist immer in Anspruch genommen worden: von den USA, von Großbritannien, von Frankreich und China und auch von der Sowjetunion und später Russland. Das ist völlig normal für eine so repräsentative und vielschichtige Organisation. Auch bei der Gründung der UNO hat niemand angenommen, dass in ihr ständig Einstimmigkeit herrschen werde. Das Wesen dieser Organisation besteht gerade darin, Kompromisse zu suchen und herauszuarbeiten, und ihre Stärke darin, verschiedene Meinungen und Sichtweisen zu berücksichtigen.

Die im Rahmen der UNO beratenen Lösungen werden entweder in die Form gemeinsamer Resolutionen gegossen oder eben nicht. Wie Diplomaten sagen: Sie gehen durch, oder sie gehen nicht durch. Alle Versuche jedweden Staates, an dieser Ordnung vorbei zu handeln, sind illegitim und widersprechen der Satzung der UNO und dem modernen Völkerrecht.

Wir alle wissen, dass nach dem Ende des Kalten Krieges in der Welt ein einziges dominierendes Zentrum entstanden ist. Auf dieser Grundlage entstand bei denen, die am Gipfel dieser Machtpyramide stehen, die Versuchung zu glauben, dass sie, wenn sie schon so stark und exklusiv sind, auch am besten wüssten, was zu tun ist. Daraus folgte die Auffassung, es sei nicht nötig, die UNO zu berücksichtigen, weil sie, anstatt die »nötige« Entscheidung automatisch abzusegnen und zu legitimieren, nur störe und, wie man bei uns sagt, »vor sich hin stolpere«. Es wurde die Parole ausgegeben, dass sich die UNO, so wie sie beschaffen sei, überlebt habe, dass sie ihre historische Mission erfüllt habe.

Natürlich ändert sich die Welt, und die UNO muss diesem völlig natürlichen Transformationsprozess Rechnung tragen. Russland ist auf Grundlage eines weitreichenden Konsenses bereit, gemeinsam mit allen Partnern an der Weiterentwicklung der UNO zu arbeiten. Aber wir halten Versuche, die Autorität der UNO in Frage zu stellen oder zu erschüttern, für äußerst gefährlich. Das kann dazu führen, dass die gesamte Architektur der internationalen Beziehungen zerstört wird. Wenn es dazu käme, würde wirklich nichts mehr übrigbleiben als das Recht des Stärkeren.

»Versteht Ihr wenigstens jetzt, was Ihr angerichtet habt?«

Das wäre eine Welt, in der anstelle gemeinsamer Arbeit der Egoismus dominiert, eine Welt, die auf immer mehr Gebieten von Diktaten geprägt ist und immer seltener von Gleichberechtigung, in der es weniger reale Demokratie und Freiheit gibt, eine Welt, in der von außen gesteuerte faktische Protektorate an die Stelle wirklich unabhängiger Staaten treten. Denn was ist die staatliche Souveränität, von der hier schon Kollegen gesprochen haben? Sie ist vor allem eine Frage der Freiheit, des Rechts jedes Menschen, jedes Volkes und jedes Staates, sein Schicksal selbst zu wählen.

Übrigens, sehr verehrte Kollegen, steht in dieser Reihe auch die Frage nach der Legitimität staatlicher Macht. Hier ist kein Platz für Wortklaubereien. Im Völkerrecht muss jeder Begriff verständlich und transparent sein, er muss einheitlich verständlich sein und sich auf eindeutige Kriterien stützen. Wir sind alle unterschiedlich, und diese Unterschiedlichkeit müssen wir achten. Niemand ist verpflichtet, sich einem einzigen Entwicklungsmodell unterzuordnen, das irgend jemand als ein für alle Mal verbindlich und richtig erklärt hat.

Wir alle sollten die Erfahrungen der Vergangenheit in Erinnerung behalten. Wir in Russland erinnern uns zum Beispiel an die Geschichte der Sowjetunion. Der Export sozialer Experimente, Versuche, aus den eigenen ideologischen Voraussetzungen heraus Veränderungen in dem einen oder anderen Land anzustoßen, haben oft zu tragischen Folgen geführt, nicht zum Fortschritt, sondern zum Verfall. Aber wie es scheint, lernt niemand aus fremden Fehlern,¹ und der Export sogenannter »demokratischer« Revolutionen geht weiter.

Es reicht als Illustration, die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika zu betrachten, auf die mein Vorredner² bereits eingegangen ist. Natürlich haben die politischen und sozialen Probleme in dieser Region eine lange Vorgeschichte, und natürlich wünschten sich die Menschen Veränderungen. Doch was ist tatsächlich dabei herausgekommen? Aggressive Einmischung von außen hat dazu geführt, dass anstelle von Reformen die Institutionen der Staatsmacht und manchmal schlicht die Grundlagen des täglichen Lebens unverblümt zerstört worden sind. Statt des Triumphs von Demokratie und Fortschritt haben wir Gewalt, Elend und soziale Katastrophen erhalten, und die Menschenrechte, allen voran das Recht auf Leben, gelten überhaupt nichts mehr.

Ich möchte alle, die eine solche Situation geschaffen haben, einfach nur fragen: Versteht ihr wenigstens jetzt, was ihr angerichtet habt? Ich fürchte allerdings, dass diese Frage unbeantwortet bleiben wird, weil niemand der Verantwortlichen für eine Politik, die auf Überheblichkeit und der Überzeugung von der eigenen Einzigartigkeit und Straflosigkeit beruht, Anzeichen für eine Abkehr von dieser Haltung erkennen lässt.

Es ist jetzt schon klar, dass das Machtvakuum, das in einigen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas

entstanden ist, dazu geführt hat, dass Zonen der Anarchie entstanden sind, die sofort von Extremisten und Terroristen genutzt wurden. Schon jetzt kämpfen Zehntausende unter dem Banner des »Islamischen Staats« (IS, *jW*). Zu ihnen gehören ehemalige irakische Militärs, die infolge des Einmarsches in ihr Land 2003 auf die Straße gesetzt wurden. Ein weiterer Lieferant von Rekruten ist Libyen, dessen Staatlichkeit unter grober Verletzung der Resolution Nr. 1973 des Weltsicherheitsrates zerstört wurde. Und jetzt füllen auch Mitglieder der vom Westen unterstützten sogenannten gemäßigten syrischen Opposition Syriens die Reihen der Radikalen auf.

»IS – nicht dümmer als Sie selbst«

Es ist immer dasselbe: Erst werden sie bewaffnet und ausgebildet, und dann gehen sie auf die Seite des IS über. Überhaupt ist auch der IS nicht aus dem Nichts entstanden. Er wurde anfangs als Instrument gegen unerwünschte weltliche Regimes geschaffen. Nachdem er sich inzwischen eine Machtbasis in Syrien und im Irak geschaffen hat, geht der IS zu einer aktiven Expansionspolitik in anderen Regionen über und beansprucht die Herrschaft über die ganze islamische Welt und darüber hinaus. Und auch damit gibt er sich noch nicht zufrieden. Die Lage ist mehr als gefährlich.

In dieser Situation ist es heuchlerisch und unverantwortlich, lautstarke Erklärungen über die Gefahr des internationalen Terrorismus abzugeben und gleichzeitig die Augen davor zu verschließen, über welche Kanäle die Terroristen finanziert und unterstützt werden. Dazu gehören das Drogengeschäft sowie der illegale Handel mit Öl und Waffen. Oder man versucht gleich, sich der extremistischen Gruppen manipulativ im Interesse eigener politischer Ziele zu bedienen, immer in der Hoffnung, später schon noch mit ihnen fertig zu werden oder sie schlicht und einfach zu beseitigen.

Wer so denkt und handelt, dem möchte ich sagen: Meine Herren, Sie haben es natürlich mit äußerst grausamen Leuten zu tun, aber sie sind weder dumm noch primitiv. Sie sind nicht dümmer als Sie selbst, und es ist noch nicht ausgemacht, wer hier wen manipuliert und für seine Zwecke ausnutzt. Die jüngsten Meldungen darüber, wie Waffen, mit denen die sogenannte gemäßigte Opposition ausgestattet wurde, an die Terroristen weitergegeben wurden, sind die beste Bestätigung dieser These.

Wir halten alle Versuche, Terroristen zu instrumentalisieren oder sie gar zu bewaffnen, nicht nur für äußerst kurzfristig, sondern vor allem für brandgefährlich. Sie können dazu führen, dass die globale Terrorgefahr zu einer kritischen Größe heranwächst, dass sie neue Weltregionen ergreift. Zumal in den Lagern des IS Kämpfer aus vielen Ländern geschult werden, darunter auch aus europäischen.

Leider macht auch Russland da keine Ausnahme, das muss ich offen eingestehen, verehrte Kollegen. Es darf um keinen Preis zugelassen werden, dass diese Schlächter, die schon den Geruch des Blutes wittern, anschließend in ihre Heimatländer zurückkehren und dort ihr finsternes Handwerk fortsetzen. Wir wollen dies nicht. Gibt es überhaupt irgend jemanden, der dies will? Russland ist immer hart und konsequent gegen den Terrorismus in allen seinen Formen aufgetreten.

»Weltlage, wie sie sich entwickelt hat, ist nicht mehr auszuhalten«

Heute leisten wir sowohl dem Irak als auch Syrien und anderen Ländern der Region, die mit Terrorgruppen kämpfen, militärisch-technische Hilfe. Wir halten es für einen außerordentlich großen Fehler, auf die Zusammenarbeit mit der syrischen Staatsmacht, mit der Regierungsarmee, mit denen, die täglich mutig gegen den Terror kämpfen, zu verzichten. Es muss endlich anerkannt werden, dass niemand außer der Regierungsarmee von Präsident (Baschar Al-, *jW*) Assad und den kurdischen Volksmilizen in Syrien ernsthaft gegen den IS und andere terroristische Gruppen kämpft. Wir kennen alle Probleme der Region und alle ihre Widersprüche – aber man muss gleichwohl von den realen Gegebenheiten ausgehen.

Verehrte Kollegen! Leider muss ich bemerken, dass in letzter Zeit unsere ehrliche und direkte Herangehensweise als Vorwand genutzt wird, um Russland »wachsende Ambitionen« vorzuwerfen. Als wären denen, die uns das vorwerfen, eigene Ambitionen völlig fremd. Doch es geht hier gar nicht um die Ambitionen Russlands, verehrte Kollegen, sondern darum, dass die Weltlage, wie sie sich entwickelt hat, nicht mehr auszuhalten ist.

Wir schlagen vor, sich in der Politik nicht von Ambitionen, sondern von gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen auf Grundlage des Völkerrechts leiten zu lassen, die Bemühungen zur Lösung der vor uns stehenden Probleme zu vereinen und eine wirklich breite weltweite Antiterrorkoalition zu bilden. Ebenso wie einst die Antihitlerkoalition könnte sie in ihren Reihen ganz verschiedene Kräfte vereinen, die bereit sind, gemeinsam Widerstand gegen jene zu leisten, die – wie damals die Nazis – das Böse und die Menschenfeindlichkeit schlechthin verkörpern.

Natürlich müssen die islamischen Länder bei einer solchen Koalition eine Schlüsselrolle spielen. Denn der IS bedroht sie nicht nur direkt, sondern er beschmutzt mit seinen blutigen Verbrechen die herausragende Weltreligion des Islam. Die Ideologen der Kämpfer verhöhn den Islam und verkehren seine humanistischen Werte ins Gegenteil.

Ich möchte mich an dieser Stelle an die geistlichen Führer des Islam wenden: Auch Ihre Autorität und Ihr richtungweisendes Wort sind jetzt von größter Bedeutung. Es ist nötig, die Menschen, welche Kämpfer zu werben versuchen, vor unbedachten Schritten zu bewahren, und denjenigen, die durch verschiedene Umstände betrogen und in die Reihen der Terroristen gelockt wurden, muss geholfen werden, den Weg zurück in ein normales Leben zu finden, die Waffen niederzulegen und den Bruderkrieg zu beenden.

Russland wird im Rahmen seines Vorsitzes im Weltsicherheitsrat schon in den nächsten Tagen eine Sitzung auf Ministerebene zur umfassenden Analyse der im Nahen Osten drohenden Gefahren einberufen. Vor allem schlagen wir vor, über die Möglichkeit zu beraten, sich über eine Resolution zur Koordination der Bemühungen aller Kräfte zu einigen, die sich dem IS und anderen Terrorgruppen entgegenstellen. Ich wiederhole, dass sich eine solche Koordination auf die Prinzipien der Satzung der Vereinten Nationen gründen muss.

Wir rechnen darauf, dass die internationale Gemeinschaft imstande sein wird, eine umfassende Strategie zur politischen Stabilisierung und zum sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Nahen Ostens zu erarbeiten. Dann, verehrte Freunde, wird es auch nicht mehr nötig sein, Flüchtlingslager zu bauen. Ein Strom von Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, hat erst die unmittelbaren Nachbarstaaten überflutet und tut dies jetzt mit Europa. Die Rede ist von Hunderttausenden Menschen, womöglich wird die Zahl in die Millionen gehen. Es handelt sich im Grunde um eine neue, große, bittere Völkerwanderung und gleichzeitig um eine bittere Lektion für uns alle, insbesondere Europa.

Ich möchte betonen: Selbstverständlich verdienen die Flüchtlinge Mitgefühl und Hilfe. Aber eine wirkliche Lösung kann nur darin bestehen, dass die staatlichen Strukturen dort, wo sie vernichtet wurden, wiederhergestellt werden, indem die Institutionen der Staatsmacht dort, wo sie noch erhalten geblieben sind oder wieder aufgebaut werden, gestärkt werden. Der Weg besteht darin, den in Schwierigkeiten geratenen Ländern und natürlich auch den Menschen, die alldem zum Trotz, was sie an Schwerem durchmachen, ihre Heimat nicht verlassen, allseitig zu helfen: militärisch, wirtschaftlich und materiell.

»Sicherheit nicht nur für einige Auserwählte, sondern für alle«

Natürlich kann und darf jede Hilfe für souveräne Staaten nicht aufgezwungen werden, sondern es muss ein Angebot sein, das auf der Satzung der UNO beruht. Alles, was auf diesem Gebiet im Einklang mit den Normen des Völkerrechts getan wird und noch bevorsteht, muss von unserer Organisation unterstützt werden, und

alles, was der Satzung der UNO widerspricht, der Ablehnung verfallen.

Vor allem halte ich es für äußerst wichtig, dabei zu helfen, in Libyen wieder staatliche Strukturen aufzubauen, die neue Regierung des Irak zu unterstützen und der legalen Regierung Syriens umfassende Unterstützung zukommen zu lassen.

Verehrte Kollegen, eine Schlüsselaufgabe der internationalen Gemeinschaft mit der UNO an der Spitze bleibt es, den Frieden, die regionale und die globale Stabilität zu gewährleisten. Wir sind der Auffassung, dass wir über die Formierung eines Raums der gleichen und unteilbaren Sicherheit sprechen sollten, einer Sicherheit nicht nur für einige Auserwählte, sondern für alle. Gewiss, die Aufgabe ist schwierig und langwierig, aber es gibt keine Alternative zu ihr.

Doch das Blockdenken aus der Zeit des »kalten Krieges« und das Bestreben einiger unserer Kollegen, sich neue geopolitische Räume anzueignen, dominiert leider immer noch. Anfangs wurde die Linie der NATO-Erweiterung fortgesetzt. Ich möchte fragen: Wozu eigentlich, wenn doch die Organisation der Warschauer Vertragsstaaten sich aufgelöst hat und die Sowjetunion zerfallen ist. Gleichwohl bleibt die NATO nicht nur bestehen, sondern sie dehnt sich aus, auch mit ihrer militärischen Infrastruktur.

Anschließend wurden die postsowjetischen Länder vor die falsche Alternative gestellt, sich dem Westen oder dem Osten anzuschließen. Früher oder später musste diese konfrontative Logik zu einer geopolitischen Krise führen. Dies ist in der Ukraine geschehen, wo die Unzufriedenheit eines erheblichen Teils der Bevölkerung mit der amtierenden Regierung ausgenutzt und von außen ein bewaffneter Umsturz provoziert wurde. Als Folge ist ein Bürgerkrieg ausgebrochen.

Wir sind davon überzeugt, dass man das Blutvergießen nur dann stoppen und aus der Sackgasse herauskommen kann, wenn die Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar dieses Jahres von allen Seiten redlich und gewissenhaft erfüllt werden. Mit Drohungen oder Waffengewalt kann die Integrität der Ukraine nicht gesichert werden. Dies muss aber getan werden. Nötig ist, dass die Interessen und Rechte der Menschen im Donbass real berücksichtigt werden, dass ihre Wahl respektiert und dass, wie es auch in Minsk vereinbart wurde, über die wichtigsten Elemente der künftigen Staatsverfassung mit ihnen Einvernehmen hergestellt wird. Nur dann kann die Ukraine sich als zivilisiertes Land entwickeln und zu einem der wichtigsten Verbindungsglieder beim Aufbau eines gemeinsamen Raums der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Eurasien werden.

»Verhandlungen im Hinterzimmer, ohne dass die Bürger auf dem Laufenden gehalten würden«

Meine Damen und Herren, ich habe nicht zufällig hier das Thema eines gemeinsamen Raums der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angesprochen. Noch vor kurzem schien es, dass wir es schaffen, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet, wo die objektiven Gesetze des Marktes wirken, ohne die Schaffung von Trennungslinien auszukommen und auf Grundlage transparenter und gemeinsam ausgearbeiteter Regeln zu arbeiten. Ich denke unter anderem an die Prinzipien der (Welthandelsorganisation, *WTO*), die die Freiheit von Handel und Investitionen und einen offenen Wettbewerb voraussetzen. Heute dagegen sind einseitige und unter Umgehung der UN-Satzung verhängte Sanktionen schon beinahe die Norm geworden. Sie dienen nicht nur politischen Zielen, sondern verfolgen auch die Absicht, Konkurrenten aus dem Markt zu drängen.

Lassen Sie mich noch ein Symptom des wachsenden wirtschaftlichen Egoismus nennen. Einige Länder haben den Weg geschlossener und exklusiver wirtschaftlicher Vereinigungen eingeschlagen, und dabei ist es charakteristisch, dass die Verhandlungen über die Bildung dieser Gruppierungen im Hinterzimmer verlaufen,

ohne dass die eigenen Bürger, das eigene Unternehmertum, geschweige denn die Weltöffentlichkeit oder andere Länder auf dem Laufenden gehalten würden. Andere Staaten, deren Interessen von diesen Plänen berührt werden können, werden ebenfalls nicht informiert. Wahrscheinlich sollen wir alle vor die vollendete Tatsache gestellt werden, dass die Spielregeln umgeschrieben wurden, und zwar wiederum von einem engen Kreis Auserwählter unter Umgehung der WTO. Hierin liegt die Gefahr, dass das Handelssystem aus dem Gleichgewicht gebracht wird und der globale Wirtschaftsraum zersplittert wird.

Die genannten Probleme berühren die Interessen aller Staaten, sie beeinflussen die Perspektiven der gesamten Weltwirtschaft. Deshalb schlagen wir vor, über diese Themen im Rahmen der UNO, der WTO oder der G 20 zu sprechen. Im Unterschied zu jener Politik der Exklusivität schlägt Russland vor, die regionalen ökonomischen Projekte zu harmonisieren und eine sogenannte Integration der Integrationen auf Grundlage der universellen transparenten Prinzipien des internationalen Handels vorzunehmen. Als Beispiel möchte ich unsere Pläne nennen, die Eurasische Wirtschaftsunion mit der chinesischen Initiative zur Schaffung eines »Wirtschaftsgürtels der neuen Seidenstraße« zu verflechten. Wir sehen auch nach wie vor große Perspektiven in einer Harmonisierung der Integrationsprozesse zwischen der Eurasischen Wirtschaftsunion und der EU.

»Wir müssen unsere Anstrengungen vereinen«

Meine Damen und Herren, zu den Problemen, die die Zukunft der gesamten Menschheit betreffen, gehört auch die Herausforderung des globalen Klimawandels. Wir sind daran interessiert, dass die Weltklimakonferenz der UNO, die im Dezember in Paris stattfindet, zu Ergebnissen führt. Wir planen, bis 2030 unseren eigenen Ausstoß von Treibhausgasen auf 70 bis 75 Prozent des Niveaus von 1990 zu reduzieren.

Doch ich möchte vorschlagen, das Problem auch breiter anzugehen. Wenn wir Quoten für den Ausstoß bestimmter schädlicher Substanzen vereinbaren und andere ihrer Natur nach taktische Schritte ergreifen, entschärfen wir die Probleme vielleicht für ein paar Jahre, aber wir lösen sie doch nicht dem Grunde nach. Wir brauchen eine qualitativ neue Herangehensweise. Wir müssen völlig neue naturähnliche Technologien zur Anwendung bringen, die die Umwelt nicht mehr schädigen, sondern mit ihr vereinbar sind und dazu beitragen, das vom Menschen gestörte Gleichgewicht zwischen Bio- und Technosphäre wiederherzustellen. Das ist wirklich eine Aufgabe von planetaren Ausmaßen, aber ich bin überzeugt, dass die Menschheit das geistige Potential besitzt, sie zu lösen.

Wir müssen unsere Anstrengungen vereinen; das gilt vor allem für diejenigen Länder, die eine starke wissenschaftliche Infrastruktur besonders in der Grundlagenforschung haben. Wir schlagen vor, unter der Ägide der UNO ein spezielles Forum zu schaffen, auf dem die Probleme der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, der Zerstörung der natürlichen Umwelt und des Klimawandels umfassend behandelt werden. Russland ist bereit, als einer der Organisatoren eines solchen Forums tätig zu werden.

Meine Damen und Herren, verehrte Kollegen. Am 10. Januar 1946 hat in London die erste Generalversammlung der Vereinten Nationen die Arbeit aufgenommen. Bei der Eröffnung fasste der Vorsitzende der Vorbereitungskommission, der kolumbianische Diplomat Zuleta Angel, nach meiner Auffassung sehr umfassend die Prinzipien zusammen, an denen die UNO ihre Arbeit orientieren sollte. Er forderte guten Willen, Verachtung für Intrigen und Hinterlist sowie einen Geist der Zusammenarbeit.

Diese Worte klingen heute wie eine Botschaft an uns alle. Russland glaubt an das bedeutende Potential der UNO, das uns helfen muss, eine neue globale Konfrontation zu vermeiden und zu einer Strategie der Kooperation überzugehen. Wir werden gemeinsam mit anderen Ländern konsequent daran arbeiten, die zentrale koordinierende Rolle der UNO in der Weltpolitik zu stärken.

Ich bin davon überzeugt: Wenn wir gemeinsam handeln, werden wir die Welt stabil und sicher machen, wir werden die Bedingungen für die Entwicklung aller Staaten und Völker schaffen.

Anmerkungen des Übersetzers

1 Putin spielt hier auf ein russisches Sprichwort an: Der Kluge lernt aus fremden Fehlern, der Dumme aus den eigenen.

2 Der jordanische König Abdullah II.

Text nach: <http://www.kremlin.ru/events/president/news/50385>

Übersetzung aus dem Russischen von Reinhard Lauterbach

<http://www.jungewelt.de/2015/09-30/003.php>